

Ä6 5. Für Wachstum mit Verantwortung, nachhaltiges Wohnen und solide Finanzen.

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft & Finanzpolitik
Beschlussdatum: 30.04.2026
Status: Zurückgezogen

Text

Von Zeile 79 bis 356:

~~Das Handwerk ist das Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft. Den Meistertitel wollen wir kostenlos stellen, eine Meistergründungsprämie einführen und gezielte Unterstützung bei Unternehmensnachfolgen im Mittelstand und Handwerk geben, insbesondere in den ländlichen Räumen, etwa über Genossenschaftsmodelle. Zudem fördern wir selbstständige Frauen im Handwerk, inklusive Mutterschutzregelungen, und unterstützen Frauen bei der Unternehmensnachfolge durch „Mutmachprogramme“ oder verkürzte Ausbildungszeiten.~~

~~Für die Fachkräftegewinnung fehlen derzeit gezielte Programme, um internationale Talente langfristig in Sachsen-Anhalt zu halten. Hier wollen wir aktiv nachsteuern und für faire Rahmenbedingungen sorgen. Wir setzen auf Qualifizierung und Weiterbildung in Mangelberufen und schaffen eine One-Stop-Agency für internationale Fachkräfte, Personal in Mangelberufen und Gründer*innen. Sie soll bürokratische Prozesse bündeln, Orientierung geben und den Zugang zu Arbeit, Sprache und Gesellschaft deutlich erleichtern.~~

Handwerk wertschätzen, stärken und zukunftsfest machen Das Handwerk ist das Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft und prägt das Leben in Städten wie in ländlichen Räumen. Es sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze, bewahrt Traditionen, schafft regionale Wertschöpfung und spielt eine Schlüsselrolle bei der ökologischen und digitalen Transformation. Damit das Handwerk in Sachsen-Anhalt auch künftig stark bleibt, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, gesellschaftliche Anerkennung und gezielte politische Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, die Wertschätzung des Handwerks sichtbar zu erhöhen und junge Menschen für handwerkliche Berufe zu begeistern. Dazu wollen wir eine breit angelegte Kampagne starten, die die Vielfalt, Innovationskraft und Zukunftschancen des Handwerks in den Mittelpunkt stellt. Gute Bedingungen für Ausbildung, Qualifizierung und berufliche Entwicklung. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und jungen Menschen attraktive Perspektiven zu bieten, stärken wir die Berufsorientierung und verbessern die Ausbildungsbedingungen. Die Überbetriebliche Lehrunterweisung (ÜLU) bleibt ein zentraler Baustein der dualen Ausbildung und wird dauerhaft gesichert. Wir setzen uns für eine echte Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung ein. Dazu gehören:

- Ein kostenloser Meistertitel „Made in Germany“, der die finanzielle Hürde zur Weiterbildung abbaut.

5.3 Wohnen, Bauen, Stadt- und Landesentwicklung

- Eine neue Meistergründungsprämie, die den Schritt in die Selbstständigkeit erleichtert.

~~Wohnen ist ein Grundrecht und Wohnungen sind kein Spekulationsobjekt. Doch auch in Sachsen-Anhalt steigen Mieten und Immobilienpreise. Insbesondere in den großen Städten fehlt bezahlbarer Wohnraum. Gleichzeitig stehen vielerorts Wohnungen und Häuser leer. Wir setzen uns für eine soziale Miet- und Baupolitik ein, die bezahlbares, klimagerechtes, barrierefreies und gemeinwohlorientiertes Wohnen in Stadt und Land ermöglicht. Wir wollen ein klimaresilientes, sozial gerechtes und flächensparendes Sachsen-Anhalt, in dem Wohnen für alle bezahlbar bleibt und Städte wie Dörfer nachhaltig wachsen.~~

Zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum sollen Mietendeckel dort eingesetzt werden, wo sie notwendig sind, der Wohnheimbau für Auszubildende und Studierende erheblich ausgebaut und der soziale Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt nutzbar gemacht werden. Ergänzend soll ein soziales Leasing-Modell für Energieeffizienz-Technologien wie Wärmepumpen oder Speicher entwickelt werden.

Gemeinschaftliche Wohnformen wie Genossenschaften, Mehrgenerationenwohnen oder Miethausprojekte wollen wir gezielt fördern und die Kommunen dabei für eigene Projekte befähigen und unterstützen. Wir wollen Durchmischung fördern, Tauschprogramme unterstützen und Gentrifizierung entgegenwirken, um Wohnraum für Familien, barrierefreies Wohnen und Senior*innen zu sichern. Hierzu gehört auch die Reaktivierung des Aufzugsprogramms. Zudem sollen Kommunen bei der Entwicklung eigener Bauflächen vorrangig im Bestand sowie bei der Erstellung qualifizierter Mietspiegel unterstützt werden.

Der Wohnungsbestand soll besser auf die Bedürfnisse von Jung und Alt sowie auf den demografischen Wandel abgestimmt werden. Haus- und Wohnungstausch soll erleichtert und Wohnungslosigkeit konsequent bekämpft werden. Dabei soll der Ansatz „Housing First“ bevorzugt werden, um Menschen schnell und dauerhaft ein sicheres Zuhause zu geben.

Bauen und Landesentwicklung

Wie wir bauen und planen, prägt die Lebensqualität, unseren Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. In Sachsen-Anhalt setzen wir auf eine Landesentwicklung, die Flächen schont, Ortskerne stärkt und Klimaschutz, Wohnen und Infrastruktur zusammen denkt. Nachhaltiges Bauen, vorausschauende Raumordnung und die Stärkung des Bestands stehen dabei im Mittelpunkt. Wir setzen uns dafür ein, die Bauordnung zu einer Umbauordnung weiterzuentwickeln und sie mit den Landesbauordnungen anderer Bundesländer zu harmonisieren. Dabei orientieren wir uns am Vorbild Hessens, wo Kommunen größere Gestaltungsspielräume für Klima-, Freiraum- und Quartiersentwicklung erhalten. Der Fokus soll künftig weniger auf Neubau und stärker auf Erhalt, Umnutzung und Sanierung bestehender Gebäude liegen.

Bei der Ausweisung von Flächen für Neubauten soll künftig eine ÖPNV-Anbindung sichergestellt werden.

Der Vorrang des Bestands wird Leitprinzip: Sanieren statt Neubau. Abrisse sollen nur erfolgen, wenn sie sozial und klimapolitisch notwendig sind. Sanierungsförderungen werden vereinfacht und für einkommensschwache Haushalte zugänglich gemacht. Wir wollen, dass ein warmes Zuhause für alle Realität wird: Der Zugang zu Förderprogrammen zur energetischen Sanierung soll vereinfacht und verbreitet werden und Landesausfallbürgschaften für Haushalte ohne Rücklagen sollen eingeführt werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine verpflichtende Elementarversicherung ein, um Haushalte solidarisch gegen existenzielle Risiken abzusichern.

Der mehrgeschossige Holzbau soll durch die Umsetzung der Holzbaurichtlinie erleichtert und gefördert werden. Ebenso wollen wir die Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Lehm oder Stroh erleichtern und durch Förderprogramme unterstützen. Wir fördern die verstärkte Nutzung von Recyclingbaustoffen und Urban Mining, insbesondere bei öffentlichen Ausschreibungen, und nutzen Daten und Digitalisierung (z. B. Building Information Modeling, digitale Zwillinge wie der HAL-Plan), um die Kreislaufwirtschaft zu stärken, Ressourcenverbrauch zu reduzieren und die Bauverwaltung zu entlasten.

In der Planung soll die doppelte Innenentwicklung künftig Planungsgrundsatz werden, um kompakte und durchmischte Quartiere zu entwickeln. Zur Klimaanpassung setzen wir verstärkt auf das Prinzip der Schwammstadt beziehungsweise Schwammlandschaft und fördern Dach- und Fassadenbegrünung sowie grüne Gleise. Für Steinbrüche und andere Rohstoffabbaugebiete setzen wir klare ökologische Leitplanken.

Der tägliche Flächenverbrauch soll bis 2030 deutlich gesenkt werden, wobei das 30-Hektar-Ziel der Bundesregierung eingehalten und gegenüber Kommunen stärker eingefordert wird. Bis 2050 muss das Netto-Null-Ziel erreicht werden, sodass kein weiterer Flächenverbrauch ohne gleichzeitige Entsiegelung stattfindet.

Stadtentwicklung mit sicheren und attraktiven Quartieren

Städte und Gemeinden sollen vielfältige Orte der Begegnung für alle Menschen sein. Steigende Energiekosten, demografischer Wandel, Leerstand und Klimarisiken stellen uns und unsere Kommunen vor wachsende Herausforderungen. Gleichzeitig entstehen europaweit innovative Konzepte für klimaresiliente Städte und nachhaltiges Bauen. Wir wollen diese Trends nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Orte lebenswert zu machen und Ressourcen zu schonen. Planung und Gestaltung müssen unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen – insbesondere von Frauen, queeren Menschen, Familien, Älteren und Menschen mit Behinderung. Sicherheit, Aufenthaltsqualität und kurze Wege stehen im Mittelpunkt.

Innenstädte und Ortskerne sollten neu gedacht werden, um die Aufenthaltsqualität zu steigern und neue Begegnungsräume zu schaffen. Kommunen sollen beim Abbau von Leerstand unterstützt werden und intelligente, alternative Zwischennutzungen ermöglichen, z. B. durch Start-ups, Pop-up-Stores oder nichtkommerzielle Treffpunkte. Lebendige Ortskerne sollen durch Handel und Dienstleistungen gestärkt werden, statt neue Flächen auf der grünen Wiese zu versiegeln.

Klimaschutz und Aufenthaltsqualität verbinden wir mit der Förderung von Solaranlagen auf Gebäuden, Begrünungskonzepten, Parkflächen, baulichem Hitzeschutz und passiver Kühlung als neuem Standard. Die kinderfreundliche Gestaltung des Wohnumfelds wird zu einer Fördervoraussetzung.

Wir fördern autoarme Quartiere durch Anpassung der Stellplatzverordnung, Begrenzung des Durchgangsverkehrs sowie Erleichterungen zur Einrichtung autofreier Zonen. Gewerbegebiete sollen verpflichtend ÖPNV- und Radweganbindungen erhalten.

Kleingärten wollen wir als Orte für naturnahes Gärtnern, Permakultur und Gemeinschaft stärker wertschätzen, den Flächentausch begleiten und die Einbindung in die Raumplanung sichern. Mit Obst- und Gemüsepflanzungen im öffentlichen Raum sowie Streuobststrukturen können attraktive „essbare Städte“ entstehen und gleichzeitig aktiver Natur- und Artenschutz betrieben werden.

Städte und Gemeinden werden wir bei der Umsetzung des Prinzips der 15-Minuten-Stadt mit kurzen Wegen, guter Nahversorgung unterstützen. Eine Erweiterung zur „60-Minuten-Region“ wird von uns durch Investitionen in die Rad- und ÖPNV-Infrastruktur in der Stadt-Umland-Region vorangebracht.

Die Unterstützung von Städten bei der Entwicklung zu Smart Cities ist ein weiteres Ziel. Wir setzen inklusive Stadtplanung als Standard: Fokus auf Nahmobilität, sichere Schulwege, Abbau von Angsträumen und lebenswerte Quartiere mit gut erreichbaren Betreuungsangeboten.

- Gezielte Qualifizierung und Weiterbildung in Mangelberufen, um Engpässe zu reduzieren und regionale Bedarfe zu decken.
- Ein freiwilliges Handwerksjahr, das jungen Menschen praktische Einblicke ermöglicht, Talente fördert und Betriebe bei der Nachwuchsgewinnung unterstützt.
- Unternehmensnachfolge, Neugründungen und digitale Sicherheit stärken Viele Betriebe stehen vor einem Generationswechsel. Wir wollen Unternehmensnachfolgen im Handwerk und Mittelstand gezielt unterstützen – insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehören Beratungsangebote, finanzielle Unterstützung und neue Modelle wie Genossenschaftslösungen. Neugründungen im Handwerk sollen durch weniger Bürokratie, bessere Standortbedingungen und digitale Unterstützung erleichtert werden. Kleine und mittlere

Betriebe unterstützen wir bei IT-Sicherheit, Digitalisierung und Investitionen, unter anderem durch Förderprogramme der Landesbanken und Kammern. Frauen im Handwerk fördern und Gleichstellung stärken Frauen leisten einen wichtigen Beitrag im Handwerk, sind aber noch immer unterrepräsentiert. Wir wollen ihre Chancen verbessern und Hindernisse abbauen. Dazu gehören:

- Gezielte Förderung selbstständiger Frauen im Handwerk,
- Mutterschutzregelungen für alle, auch für Selbstständige,
- Unterstützung bei Unternehmensnachfolgen,
- Mutmachprogramme und verkürzte Ausbildungswege, die den Einstieg oder Wiedereinstieg erleichtern.
- Nachhaltiges Bauen, regionale Wertschöpfung und Energiewende gemeinsam gestalten Das Handwerk ist zentral für die Umsetzung der Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien. Wir wollen Handwerksbetriebe eng in Planungsprozesse einbinden und gemeinsam Lösungen entwickeln, die regional verankert sind. Für die nachhaltige Transformation der Baubranche schaffen wir Anreize für Kooperationen zwischen Handwerksbetrieben, Ingenieurinnen, Architektinnen und Kommunen. Ausbildungszentren sollen gezielt beim Aufbau von Kompetenzen im nachhaltigen Planen und Bauen unterstützt werden. Mit Baubörsen für gebrauchte Bauteile und Sekundärrohstoffe fördern wir Kreislaufwirtschaft und regionale Wertschöpfung. Für die Fachkräftegewinnung fehlen derzeit gezielte Programme, um internationale Talente langfristig in Sachsen-Anhalt zu halten. Hier wollen wir aktiv nachsteuern und für faire Rahmenbedingungen sorgen. Wir setzen auf Qualifizierung und Weiterbildung in Mangelberufen und schaffen eine One-Stop-Agency für internationale Fachkräfte, Personal in Mangelberufen und Gründer*innen. Sie soll bürokratische Prozesse bündeln, Orientierung geben und den Zugang zu Arbeit, Sprache und Gesellschaft deutlich erleichtern.

5.3 Wohnen, Bauen, Stadt- und Landesentwicklung

Wohnen ist ein Grundrecht und Wohnungen sind kein Spekulationsobjekt. Doch auch in Sachsen-Anhalt steigen Mieten und Immobilienpreise. Insbesondere in den großen Städten fehlt bezahlbarer Wohnraum. Gleichzeitig stehen vielerorts Wohnungen und Häuser leer. Wir setzen uns für eine soziale Miet- und Baupolitik ein, die bezahlbares, klimagerechtes, barrierefreies und gemeinwohlorientiertes Wohnen in Stadt und Land ermöglicht. Wir wollen ein klimaresilientes, sozial gerechtes und flächensparendes Sachsen-Anhalt, in dem Wohnen für alle bezahlbar bleibt und Städte wie Dörfer nachhaltig wachsen.

Zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum sollen Mietendeckel dort eingesetzt werden, wo sie notwendig sind, der Wohnheimbau für Auszubildende und Studierende erheblich ausgebaut und der soziale Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt nutzbar gemacht werden. Ergänzend soll ein soziales Leasing-Modell für Energieeffizienz-Technologien wie Wärmepumpen oder Speicher entwickelt werden.

Gemeinschaftliche Wohnformen wie Genossenschaften, Mehrgenerationenwohnen oder Miethausprojekte wollen wir gezielt fördern und die Kommunen dabei für eigene Projekte befähigen und unterstützen. Wir wollen Durchmischung fördern, Tauschprogramme unterstützen und Gentrifizierung entgegenwirken, um Wohnraum für Familien, barrierefreies Wohnen und Senior*innen zu sichern. Hierzu gehört auch die Reaktivierung des Aufzugsprogramms. Zudem

sollen Kommunen bei der Entwicklung eigener Bauflächen vorrangig im Bestand sowie bei der Erstellung qualifizierter Mietspiegel unterstützt werden.

Der Wohnungsbestand soll besser auf die Bedürfnisse von Jung und Alt sowie auf den demografischen Wandel abgestimmt werden. Haus- und Wohnungstausch soll erleichtert und Wohnungslosigkeit konsequent bekämpft werden. Dabei soll der Ansatz „Housing First“ bevorzugt werden, um Menschen schnell und dauerhaft ein sicheres Zuhause zu geben.

Bauen und Landesentwicklung

Wie wir bauen und planen, prägt die Lebensqualität, unseren Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. In Sachsen-Anhalt setzen wir auf eine Landesentwicklung, die Flächen schont, Ortskerne stärkt und Klimaschutz, Wohnen und Infrastruktur zusammen denkt. Nachhaltiges Bauen, vorausschauende Raumordnung und die Stärkung des Bestands stehen dabei im Mittelpunkt.

Wir setzen uns dafür ein, die Bauordnung zu einer Umbauordnung weiterzuentwickeln und sie mit den Landesbauordnungen anderer Bundesländer zu harmonisieren. Dabei orientieren wir uns am Vorbild Hessens, wo Kommunen größere Gestaltungsspielräume für Klima-, Freiraum- und Quartiersentwicklung erhalten. Der Fokus soll künftig weniger auf Neubau und stärker auf Erhalt, Umnutzung und Sanierung bestehender Gebäude liegen.

Bei der Ausweisung von Flächen für Neubauten soll künftig eine ÖPNV-Anbindung sichergestellt werden.

Der Vorrang des Bestands wird Leitprinzip: Sanieren statt Neubau. Abrisse sollen nur erfolgen, wenn sie sozial und klimapolitisch notwendig sind. Sanierungsförderungen werden vereinfacht und für einkommensschwache Haushalte zugänglich gemacht. Wir wollen, dass ein warmes Zuhause für alle Realität wird: Der Zugang zu Förderprogrammen zur energetischen Sanierung soll vereinfacht und verbreitet werden und Landesausfallbürgschaften für Haushalte ohne Rücklagen sollen eingeführt werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine verpflichtende Elementarversicherung ein, um Haushalte solidarisch gegen existenzielle Risiken abzusichern.

Der mehrgeschossige Holzbau soll durch die Umsetzung der Holzbaurichtlinie erleichtert und gefördert werden. Ebenso wollen wir die Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Lehm oder Stroh erleichtern und durch Förderprogramme unterstützen. Wir fördern die verstärkte Nutzung von Recyclingbaustoffen und Urban Mining, insbesondere bei öffentlichen Ausschreibungen, und nutzen Daten und Digitalisierung (z. B. Building Information Modeling, digitale Zwillinge wie der HAL-Plan), um die Kreislaufwirtschaft zu stärken, Ressourcenverbrauch zu reduzieren und die Bauverwaltung zu entlasten.

In der Planung soll die doppelte Innenentwicklung künftig Planungsgrundsatz werden, um kompakte und durchmischte Quartiere zu entwickeln. Zur Klimaanpassung setzen wir verstärkt auf das Prinzip der Schwammstadt beziehungsweise Schwammlandschaft und fördern Dach- und Fassadenbegrünung sowie grüne Gleise. Für Steinbrüche und andere Rohstoffabbaugebiete setzen wir klare ökologische Leitplanken.

Der tägliche Flächenverbrauch soll bis 2030 deutlich gesenkt werden, wobei das 30-Hektar-Ziel der Bundesregierung eingehalten und gegenüber Kommunen stärker eingefordert wird. Bis 2050 muss das Netto-Null-Ziel erreicht werden, sodass kein weiterer Flächenverbrauch ohne gleichzeitige Entsiegelung stattfindet.

Stadtentwicklung mit sicheren und attraktiven Quartieren

Städte und Gemeinden sollen vielfältige Orte der Begegnung für alle Menschen sein. Steigende Energiekosten, demografischer Wandel, Leerstand und Klimarisiken stellen uns und unsere Kommunen vor wachsende Herausforderungen. Gleichzeitig entstehen europaweit innovative Konzepte für klimaresiliente Städte und nachhaltiges Bauen. Wir wollen diese Trends nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Orte lebenswert zu machen und Ressourcen zu schonen. Planung und Gestaltung müssen unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen – insbesondere von Frauen, queeren Menschen, Familien, Älteren und Menschen mit Behinderung. Sicherheit, Aufenthaltsqualität und kurze Wege stehen im Mittelpunkt.

Innenstädte und Ortskerne sollten neu gedacht werden, um die Aufenthaltsqualität zu steigern und neue Begegnungsräume zu schaffen. Kommunen sollen beim Abbau von Leerstand unterstützt werden und intelligente, alternative Zwischennutzungen ermöglichen, z. B. durch Start-ups, Pop-up-Stores oder nichtkommerzielle Treffpunkte. Lebendige Ortskerne sollen durch Handel und Dienstleistungen gestärkt werden, statt neue Flächen auf der grünen Wiese zu versiegeln.

Klimaschutz und Aufenthaltsqualität verbinden wir mit der Förderung von Solaranlagen auf Gebäuden, Begrünungskonzepten, Parkflächen, baulichem Hitzeschutz und passiver Kühlung als neuem Standard. Die kinderfreundliche Gestaltung des Wohnumfelds wird zu einer Fördervoraussetzung.

Wir fördern autoarme Quartiere durch Anpassung der Stellplatzverordnung, Begrenzung des Durchgangsverkehrs sowie Erleichterungen zur Einrichtung autofreier Zonen. Gewerbegebiete sollen verpflichtend ÖPNV- und Radweganbindungen erhalten.

Kleingärten wollen wir als Orte für naturnahes Gärtnern, Permakultur und Gemeinschaft stärker wertschätzen, den Flächentausch begleiten und die Einbindung in die Raumplanung sichern. Mit Obst- und Gemüseplantagen im öffentlichen Raum sowie Streuobststrukturen können attraktive „essbare Städte“ entstehen und gleichzeitig aktiver Natur- und Artenschutz betrieben werden.

Städte und Gemeinden werden wir bei der Umsetzung des Prinzips der 15-Minuten-Stadt mit kurzen Wegen, guter Nahversorgung unterstützen. Eine Erweiterung zur „60-Minuten-Region“ wird von uns durch Investitionen in die Rad- und ÖPNV-Infrastruktur in der Stadt-Umland-Region vorangebracht.

Die Unterstützung von Städten bei der Entwicklung zu Smart Cities ist ein weiteres Ziel. Wir setzen inklusive Stadtplanung als Standard: Fokus auf Nahmobilität, sichere Schulwege, Abbau von Angsträumen und lebenswerte Quartiere mit gut erreichbaren Betreuungsangeboten.

5.4 Nachhaltiger Tourismus

Sachsen-Anhalt verfügt über außergewöhnliche Natur- und Kulturlandschaften – vom Harz bis in die Altmark, von Elbe und Saale bis in die Weinregion Saale-Unstrut. Fünf UNESCO-Welterbestätten, historische Gärten, Natur- und Biosphärenreservate sowie landschaftliche Vielfalt bilden ein enormes Potenzial für nachhaltigen Tourismus. Dieses Potenzial ist wirtschaftlich bedeutsam, aber noch nicht ausgeschöpft. Der Tourismus sichert bereits heute viele Arbeitsplätze im Land und kann bei kluger Ausrichtung weiter wachsen, ohne Natur und Lebensqualität zu gefährden.

Wir wollen einen nachhaltigen, naturnahen und qualitativ hochwertigen Tourismus, der die regionale Wertschöpfung stärkt, gute Arbeitsbedingungen sichert und Natur- sowie Kulturlandschaften dauerhaft bewahrt. Qualität soll dabei vor Quantität stehen und ökologische

Verantwortung, kulturelle Identität und soziale Standards sind für uns die Grundlage touristischer Entwicklung.

Nachhaltige Tourismusstrategie und Strukturen

Wir setzen uns für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Masterplans Tourismus ein, der als verbindlicher Orientierungsrahmen für eine langfristige, nachhaltige Entwicklung des Tourismus dient. Dazu gehört die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Tourismus bei der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (IMG), das eng mit den regionalen Tourismusverbänden zusammenarbeitet, sowie eine stärkere länderübergreifende Kooperation von Tourismusregionen, zum Beispiel im Harz.

Natur- und Kulturtourismus wollen wir gezielt stärken und einen nachhaltigen Tourismus mit Schwerpunkten auf Naturerlebnis, Bewegung, Kultur und Geschichte ausbauen. Landesweite Marken wie Gärtenträume, Blaues Band, Harz, Altmark, Saale-Unstrut und das Gartenreich Dessau-Wörlitz sollen profilierter wahrgenommen werden, während UNESCO-Welterbestätten, National- und Naturparks, Biosphärenreservate und das Grüne Band besser vernetzt werden sollen. Für uns gilt: Qualität vor Quantität. Die Wertschöpfung soll durch hochwertige Angebote, Servicequalität, ökologische Ausrichtung und gute Arbeitsbedingungen in der Tourismuswirtschaft gesteigert werden. Wir setzen auf systematische Markt- und Angebotsanalysen statt auf kurzfristigen Aktionismus.

Die Harzer Schmalspurbahn ist ein wichtiges Kulturgut der Region, deren Fortbestand gesichert werden muss. Die dampfbetriebenen Lokomotiven sind ein touristisches Highlight, aber ihr Betrieb steht unter den Bedingungen des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen und der immer wieder auftretenden Waldbrände unter Veränderungsdruck. Die Entwicklung hin zu einer klimafreundlichen Antriebstechnik (vorzugsweise die Umstellung auf erneuerbare Kraftstoffe), die gleichzeitig den identitätsstiftenden Charakter erhält, ist eine Herausforderung, bei der das Land unterstützen muss. Dabei müssen auch die touristisch weniger attraktiven Streckenabschnitte, die dennoch eine relevante Funktion im ÖPNV erfüllen, erhalten bleiben.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Fahrradtourismus: Der Elberadweg und weitere landesbedeutsame Radwege sollen in Landesverantwortung überführt werden, um durchgehend hohe Qualitätsstandards zu sichern. Ein einheitliches Beschilderungs- und Leitsystem für Radreisende, ein Netz aus Ladeinfrastruktur für E-Bikes und E-Boote sowie Rast-, Reparatur- und Übernachtungsmöglichkeiten entlang der Routen sollen den Service verbessern. Zertifizierungen wie TourCert und ADFC-Sternerrouten sollen gestärkt werden.

Wander- und Radwege sollen konsequent an ÖPNV-Knoten angebunden werden, um Mobilität und Nachhaltigkeit zu verbinden. Der Wassertourismus an Elbe, Saale und Unstrut soll naturverträglich entwickelt und die infrastrukturelle Ausstattung ausgebaut werden: Erhalt und touristischer Betrieb von Schleusen, Einrichtung von Kanu-Umtragestellen und wassernahen Rastplätzen sind zentrale Maßnahmen.

Wir setzen auf Naturverträglichkeit statt Übernutzung und verbinden Naturschutz mit zivilen Nutzungsmöglichkeiten. Die Colbitz-Letzlinger Heide soll weiterhin für Erholung und Naturtourismus friedlich und naturverträglich genutzt werden, um Landschaftsschutz, Biodiversität und touristische Erholung in Einklang zu bringen.

Wir setzen uns dafür ein, touristische Zusatzangebote in Landwirtschaft und Handwerk zu unterstützen und mehrsprachige Angebote zu fördern, um die Attraktivität Sachsen-Anhalts für nationale und internationale Gäste zu steigern. Die digitale Sichtbarkeit des Tourismuslandes wollen wir deutlich ausbauen, damit Informationen, Buchungsmöglichkeiten und Angebote leicht zugänglich sind.

5.5 Nachhaltige Finanzpolitik und eine moderne Verwaltung

Nachhaltige Politik braucht finanzielle Stabilität. Klimaschutz, gute Bildung, soziale Sicherheit und moderne Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft und damit Schwerpunkte bündnisgrüner Haushaltspolitik. Gleichzeitig müssen Haushalte solide und generationengerecht geführt werden. Wir wollen, dass jeder Euro langfristig wirkt.

Um Investitionen in Schutzmaßnahmen für den Natur- und Klimaschutz langfristig zu finanzieren, treten wir auf Bundesebene dafür ein, umwelt- und klimaschädliche Subventionen konsequent abzubauen.

Wir setzen auf gezielte Investitionen in Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, um die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts zu sichern. Gleichzeitig sollen die Haushalte ausgeglichen sein. Wir treten dafür ein, Ausgaben und Einnahmen wieder auszugleichen und die Kosten für heutige Aufgaben nicht auf die nächsten Generationen zu verschieben. Zugleich wollen wir die Schuldenbremse verantwortungsvoll reformieren, um das Land auch in langfristigen Zukunftsfragen handlungsfähig zu machen. Ein Zukunftsinvestitionsbericht mit Wirkungskennzahlen soll die Effektivität der Maßnahmen messbar machen. Gelder aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes sollen vorrangig für Bestandssanierungen eingesetzt werden.

Alle Haushaltsausgaben sollen einem Klima-Check unterzogen werden. Ein Klimavorbehalt im Landeshaushalt stellt sicher, dass Ausgaben ohne nachweisbare Klimaverträglichkeit begründet werden müssen. Wir fördern ethische, nachhaltige Geldanlagen und schließen Investitionen des Landes oder seiner Körperschaften in Atomenergie, Kohle oder Unternehmen mit Kinderarbeit aus.

Für mehr Transparenz wollen wir einen Open-Data-Haushalt einführen und die Fördermittel in einer landesweiten Fördermitteldatenbank zentralisieren und digitalisieren. Außerdem fordern wir die verpflichtende Offenlegung der Vorstandsgehälter der Sparkassen im Land.

Klimaschutz, Verkehrswende und KMU sollten bei der Fördermittelvergabe priorisiert werden.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Flughäfen und Verkehrslandeplätze eigenwirtschaftlich arbeiten. Deshalb wollen wir unsere Landesbeteiligung am Flughafen Dresden beenden und lehnen Zuschüsse zum Betrieb aus dem Landeshaushalt ab.

Darüber hinaus planen wir die Einrichtung einer Braunkohlefolgenstiftung.

Freien Trägern, die für das Land Aufgaben wahrnehmen, wollen wir mehr Planbarkeit ermöglichen und Zuverlässigkeit geben. Die Förderbescheide sollen nicht nur jährlich erstellt werden, sondern über längere Zeiträume laufen. Die Bescheide sollen außerdem verpflichtend spätestens bis zum 30. April eines Jahres erfolgen.

Wir setzen uns für die Sicherung der Eigenständigkeit der Investitionsbank ein.

5.6 Kommunen finanziell stärken und digitale Zugänge schaffen

Kommunen sind das Rückgrat unseres Landes. Sie gestalten den Alltag der Menschen, sichern Infrastruktur und Dienstleistungen, fördern Kultur und Ehrenamt und sind die erste staatliche Anlaufstelle für Menschen vor Ort. Doch viele Kommunen stehen unter großem finanziellen Druck, kämpfen mit Personalmangel und komplexen Verwaltungsstrukturen. Gleichzeitig eröffnet die Digitalisierung neue Chancen für eine effiziente und transparente Verwaltung, die nah an den Bürger*innen ist. Unser Ziel ist es, Kommunen finanziell, organisatorisch und demokratisch zu

stärken. Wir wollen handlungsfähige, finanziell solide Kommunen und eine moderne Verwaltung, die digitale Chancen nutzt, demokratische Beteiligung stärkt, transparent arbeitet und sich als starker Partner für Bürger*innen und Unternehmen versteht.

Kommunale Finanzen stärken

Wir fordern eine Reform der Kommunalfinanzierung, die einen Flächenfaktor, eine kommunale Grundsicherung und verlässliche Finanzausstattung umfasst, damit Städte und Gemeinden ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können. Sich aus dem derzeit in Erstellung befindlichen Gutachten zum vertikalen Finanzausgleich ergebender finanzieller Handlungsbedarf ist umzusetzen.

Zusätzlich sollen Kommunen globale Minderausgaben bis zu 1,5 % als Haushaltstechnik ermöglicht werden.

Zur Entlastung strukturell überschuldeter Kommunen wollen wir einen Altschuldenfonds einrichten.

Das Konnexitätsprinzip ist strikt einzuhalten: Wer Aufgaben an die Kommunen überträgt, muss dementsprechend auch die Finanzierung sicherstellen.

Wir werden die kommunalen Einnahmestrukturen verbessern, einschließlich einer Reform der Gewerbesteuer zugunsten ostdeutscher Kommunen.

Schließlich wollen wir transparente Verfahren für die Kreisumlage einführen und den Landkreisen eine eigene, unabhängige Einnahmebasis schaffen.

Moderne und effiziente Kommunalverwaltung

Die digitale Verwaltung und kommunale Digitalisierung werden wir aktiv vorantreiben und mit einer Digitalisierungspauschale für Kommunen den Aufbau von Personal und Kompetenzen für digitale Projekte ermöglichen. Musterprojekte wie Digitale Dörfer sollen ausgeweitet werden. Bis 2030 sollen nahezu alle Behördengänge vollständig digital, barrierefrei und nutzerorientiert möglich sein – nach dem Once-Only-Prinzip. Ein zentrales digitales Bürger*innenportal für Kommunen, Landkreise und Landesebene soll zudem eingeführt werden, um das Onlinezugangsgesetz konsequent umzusetzen. Digitale Antragsverfahren werden konsequent „digital by default“ gestaltet, unterstützt durch eine Open-Source-Strategie für Landes- und Kommunal-IT.

Kommunen brauchen wirksame Instrumente gegen die Privatisierung öffentlicher Flächen. Deshalb wollen wir das kommunale Vorkaufsrecht sichern und ausweiten, um Bodenspekulation zu verhindern und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie gemeinwohlorientierter Infrastruktur zu unterstützen.

Die europäische Zusammenarbeit der Kommunen soll aktiv unterstützt werden: Kommunen sollen in europäischen Netzwerken wie Smart Cities oder Fairtrade Towns eingebunden werden, EU-Anlaufstellen in allen Kreisstädten eingerichtet und die EU-Service-Agentur für Kommunen wieder aufgebaut werden.

Zudem sollen Austauschprogramme wie Erasmus Staff Mobility für kommunale Beschäftigte ermöglicht und eine Kommunalvertretung in Brüssel geprüft werden, um die Interessen der Kommunen zu stärken.

5.4 Nachhaltiger Tourismus

Sachsen-Anhalt verfügt über außergewöhnliche Natur- und Kulturlandschaften – vom Harz bis in die Altmark, von Elbe und Saale bis in die Weinregion Saale-Unstrut. Fünf UNESCO-Welterbestätten, historische Gärten, Natur- und Biosphärenreservate sowie landschaftliche Vielfalt bilden ein enormes Potenzial für nachhaltigen Tourismus. Dieses Potenzial ist wirtschaftlich bedeutsam, aber noch nicht ausgeschöpft. Der Tourismus sichert bereits heute viele Arbeitsplätze im Land und kann bei kluger Ausrichtung weiter wachsen, ohne Natur und Lebensqualität zu gefährden.

Wir wollen einen nachhaltigen, naturnahen und qualitativ hochwertigen Tourismus, der die regionale Wertschöpfung stärkt, gute Arbeitsbedingungen sichert und Natur- sowie Kulturlandschaften dauerhaft bewahrt. Qualität soll dabei vor Quantität stehen und ökologische Verantwortung, kulturelle Identität und soziale Standards sind für uns die Grundlage touristischer Entwicklung.

Nachhaltige Tourismusstrategie und Strukturen

Wir setzen uns für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Masterplans Tourismus ein, der als verbindlicher Orientierungsrahmen für eine langfristige, nachhaltige Entwicklung des Tourismus dient. Dazu gehört die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Tourismus bei der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (IMG), das eng mit den regionalen Tourismusverbänden zusammenarbeitet, sowie eine stärkere länderübergreifende Kooperation von Tourismusregionen, zum Beispiel im Harz.

Natur- und Kulturtourismus wollen wir gezielt stärken und einen nachhaltigen Tourismus mit Schwerpunkten auf Naturerlebnis, Bewegung, Kultur und Geschichte ausbauen. Landesweite Marken wie Gärtenträume, Blaues Band, Harz, Altmark, Saale-Unstrut und das Gartenreich Dessau-Wörlitz sollen profiliert wahrgenommen werden, während UNESCO-Welterbestätten, National- und Naturparks, Biosphärenreservate und das Grüne Band besser vernetzt werden sollen. Für uns gilt: Qualität vor Quantität. Die Wertschöpfung soll durch hochwertige Angebote, Servicequalität, ökologische Ausrichtung und gute Arbeitsbedingungen in der Tourismuswirtschaft gesteigert werden. Wir setzen auf systematische Markt- und Angebotsanalysen statt auf kurzfristigen Aktionismus.

Die Harzer Schmalspurbahn ist ein wichtiges Kulturgut der Region, deren Fortbestand gesichert werden muss. Die dampfbetriebenen Lokomotiven sind ein touristisches Highlight, aber ihr Betrieb steht unter den Bedingungen des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen und der immer wieder auftretenden Waldbrände unter Veränderungsdruck. Die Entwicklung hin zu einer klimafreundlichen Antriebstechnik (vorzugsweise die Umstellung auf erneuerbare Kraftstoffe), die gleichzeitig den identitätsstiftenden Charakter erhält, ist eine Herausforderung, bei der das Land unterstützen muss. Dabei müssen auch die touristisch weniger attraktiven Streckenabschnitte, die dennoch eine relevante Funktion im ÖPNV erfüllen, erhalten bleiben.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Fahrradtourismus: Der Elberadweg und weitere landesbedeutsame Radwege sollen in Landesverantwortung überführt werden, um durchgehend hohe Qualitätsstandards zu sichern. Ein einheitliches Beschilderungs- und Leitsystem für Radreisende, ein Netz aus Ladeinfrastruktur für E-Bikes und E-Boote sowie Rast-, Reparatur- und Übernachtungsmöglichkeiten entlang der Routen sollen den Service verbessern. Zertifizierungen wie TourCert und ADFC-Sternerrouten sollen gestärkt werden.

Wander- und Radwege sollen konsequent an ÖPNV-Knoten angebunden werden, um Mobilität und Nachhaltigkeit zu verbinden. Der Wassertourismus an Elbe, Saale und Unstrut soll naturverträglich entwickelt und die infrastrukturelle Ausstattung ausgebaut werden: Erhalt und touristischer Betrieb von Schleusen, Einrichtung von Kanu-Umtragestellen und wassernahen Rastplätzen sind zentrale Maßnahmen.

Wir setzen auf Naturverträglichkeit statt Übernutzung und verbinden Naturschutz mit zivilen Nutzungsmöglichkeiten. Die Colbitz-Letzlinger Heide soll weiterhin für Erholung und Naturtourismus friedlich und naturverträglich genutzt werden, um Landschaftsschutz, Biodiversität und touristische Erholung in Einklang zu bringen.

Wir setzen uns dafür ein, touristische Zusatzangebote in Landwirtschaft und Handwerk zu unterstützen und mehrsprachige Angebote zu fördern, um die Attraktivität Sachsen-Anhalts für nationale und internationale Gäste zu steigern. Die digitale Sichtbarkeit des Tourismuslandes wollen wir deutlich ausbauen, damit Informationen, Buchungsmöglichkeiten und Angebote leicht zugänglich sind.

5.5 Nachhaltige Finanzpolitik und eine moderne Verwaltung

Nachhaltige Politik braucht finanzielle Stabilität. Klimaschutz, gute Bildung, soziale Sicherheit und moderne Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft und damit Schwerpunkte bündnisgrüner Haushaltspolitik. Gleichzeitig müssen Haushalte solide und generationengerecht geführt werden. Wir wollen, dass jeder Euro langfristig wirkt.

Um Investitionen in Schutzmaßnahmen für den Natur- und Klimaschutz langfristig zu finanzieren, treten wir auf Bundesebene dafür ein, umwelt- und klimaschädliche Subventionen konsequent abzubauen.

Wir setzen auf gezielte Investitionen in Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, um die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts zu sichern. Gleichzeitig sollen die Haushalte ausgeglichen sein. Wir treten dafür ein, Ausgaben und Einnahmen wieder auszugleichen und die Kosten für heutige Aufgaben nicht auf die nächsten Generationen zu verschieben. Zugleich wollen wir die Schuldenbremse verantwortungsvoll reformieren, um das Land auch in langfristigen Zukunftsfragen handlungsfähig zu machen. Ein Zukunftsinvestitionsbericht mit Wirkungskennzahlen soll die Effektivität der Maßnahmen messbar machen. Gelder aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes sollen vorrangig für Bestandssanierungen eingesetzt werden.

Alle Haushaltsausgaben sollen einem Klima-Check unterzogen werden. Ein Klimavorbehalt im Landeshaushalt stellt sicher, dass Ausgaben ohne nachweisbare Klimaverträglichkeit begründet werden müssen. Wir fördern ethische, nachhaltige Geldanlagen und schließen Investitionen des Landes oder seiner Körperschaften in Atomenergie, Kohle oder Unternehmen mit Kinderarbeit aus.

Für mehr Transparenz wollen wir einen Open-Data-Haushalt einführen und die Fördermittel in einer landesweiten Fördermitteldatenbank zentralisieren und digitalisieren. Außerdem fordern wir die verpflichtende Offenlegung der Vorstandsgehälter der Sparkassen im Land.

Klimaschutz, Verkehrswende und KMU sollten bei der Fördermittelvergabe priorisiert werden.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Flughäfen und Verkehrslandeplätze eigenwirtschaftlich arbeiten. Deshalb wollen wir unsere Landesbeteiligung am Flughafen Dresden beenden und lehnen Zuschüsse zum Betrieb aus dem Landeshaushalt ab.

Darüber hinaus planen wir die Einrichtung einer Braunkohlefolgestiftung.

Freien Trägern, die für das Land Aufgaben wahrnehmen, wollen wir mehr Planbarkeit ermöglichen und Zuverlässigkeit geben. Die Förderbescheide sollen nicht nur jährlich erstellt werden, sondern über längere Zeiträume laufen. Die Bescheide sollen außerdem verpflichtend spätestens bis zum 30. April eines Jahres erfolgen.

Wir setzen uns für die Sicherung der Eigenständigkeit der Investitionsbank ein.

5.6 Kommunen finanziell stärken und digitale Zugänge schaffen

Kommunen sind das Rückgrat unseres Landes. Sie gestalten den Alltag der Menschen, sichern Infrastruktur und Dienstleistungen, fördern Kultur und Ehrenamt und sind die erste staatliche Anlaufstelle für Menschen vor Ort. Doch viele Kommunen stehen unter großem finanziellen Druck, kämpfen mit Personalmangel und komplexen Verwaltungsstrukturen. Gleichzeitig eröffnet die Digitalisierung neue Chancen für eine effiziente und transparente Verwaltung, die nah an den Bürger*innen ist. Unser Ziel ist es, Kommunen finanziell, organisatorisch und demokratisch zu stärken. Wir wollen handlungsfähige, finanziell solide Kommunen und eine moderne Verwaltung, die digitale Chancen nutzt, demokratische Beteiligung stärkt, transparent arbeitet und sich als starker Partner für Bürger*innen und Unternehmen versteht.

Kommunale Finanzen stärken

Wir fordern eine Reform der Kommunalfinanzierung, die einen Flächenfaktor, eine kommunale Grundsicherung und verlässliche Finanzausstattung umfasst, damit Städte und Gemeinden ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können. Sich aus dem derzeit in Erstellung befindlichen Gutachten zum vertikalen Finanzausgleich ergebender finanzieller Handlungsbedarf ist umzusetzen.

Zusätzlich sollen Kommunen globale Minderausgaben bis zu 1,5 % als Haushaltstechnik ermöglicht werden.

Zur Entlastung strukturell überschuldeter Kommunen wollen wir einen Altschuldenfonds einrichten.

Das Konnexitätsprinzip ist strikt einzuhalten: Wer Aufgaben an die Kommunen überträgt, muss dementsprechend auch die Finanzierung sicherstellen.

Wir werden die kommunalen Einnahmestrukturen verbessern, einschließlich einer Reform der Gewerbesteuer zugunsten ostdeutscher Kommunen.

Schließlich wollen wir transparente Verfahren für die Kreisumlage einführen und den Landkreisen eine eigene, unabhängige Einnahmebasis schaffen.

Moderne und effiziente Kommunalverwaltung

Die digitale Verwaltung und kommunale Digitalisierung werden wir aktiv vorantreiben und mit einer Digitalisierungspauschale für Kommunen den Aufbau von Personal und Kompetenzen für digitale Projekte ermöglichen. Musterprojekte wie Digitale Dörfer sollen ausgeweitet werden. Bis 2030 sollen nahezu alle Behördengänge vollständig digital, barrierefrei und nutzerorientiert möglich sein – nach dem Once-Only-Prinzip. Ein zentrales digitales Bürger*innenportal für Kommunen, Landkreise und Landesebene soll zudem eingeführt werden, um das Onlinezugangsgesetz konsequent umzusetzen. Digitale Antragsverfahren werden konsequent „digital by default“ gestaltet, unterstützt durch eine Open-Source-Strategie für Landes- und Kommunal-IT.

Kommunen brauchen wirksame Instrumente gegen die Privatisierung öffentlicher Flächen. Deshalb wollen wir das kommunale Vorkaufsrecht sichern und ausweiten, um Bodenspekulation zu verhindern und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie gemeinwohlorientierter Infrastruktur zu unterstützen.

Die europäische Zusammenarbeit der Kommunen soll aktiv unterstützt werden: Kommunen sollen in europäischen Netzwerken wie Smart-Cities oder Fairtrade-Towns eingebunden werden, EU-Anlaufstellen in allen Kreisstädten eingerichtet und die EU-Service-Agentur für Kommunen wieder aufgebaut werden.

Zudem sollen Austauschprogramme wie Erasmus-Staff-Mobility für kommunale Beschäftigte ermöglicht und eine Kommunalvertretung in Brüssel geprüft werden, um die Interessen der Kommunen zu stärken.

Begründung

Der bisherige Text im Wahlprogrammewurf benennt zwar einige wichtige Einzelmaßnahmen, bleibt jedoch in seiner inhaltlichen Tiefe, strategischen Ausrichtung und politischen Breite deutlich hinter den Anforderungen an eine moderne Handwerkspolitik zurück. Der neue Text „Handwerk wertschätzen, stärken und zukunftsfest machen“ erweitert diesen Ansatz substanziell und schafft ein kohärentes, zukunftsorientiertes Gesamtbild, das der Bedeutung des Handwerks für Sachsen-Anhalt gerecht wird.

Der Änderungsantrag ersetzt den bisherigen Abschnitt, weil er:

- die Rolle des Handwerks umfassender beschreibt und nicht nur einzelne Förderinstrumente aufzählt, sondern die wirtschaftliche, soziale und ökologische Bedeutung des Handwerks für das Land sichtbar macht.
- aktuelle Herausforderungen wie Fachkräftemangel, Energiewende, Digitalisierung, nachhaltiges Bauen und regionale Wertschöpfung integriert, die im bisherigen Text kaum vorkommen, aber für die kommenden Jahre entscheidend sind.
- ein vollständiges Maßnahmenpaket formuliert, das über die bisherigen Punkte hinausgeht: freiwilliges Handwerksjahr, gezielte Qualifizierung in Mangelberufen, Unterstützung bei Nachfolge und Neugründung, Förderung selbstständiger Frauen inklusive Mutterschutz sowie ein kostenloser Meistertitel mit Meistergründungsprämie.
- die Perspektive der ländlichen Räume stärkt, indem er die Bedeutung des Handwerks für regionale Entwicklung, kommunale Einnahmen und lokale Wertschöpfung klar herausarbeitet.
- eine klare grüne Handschrift trägt, indem er Handwerkspolitik mit Energiewende, Kreislaufwirtschaft, nachhaltigem Bauen und Digitalisierung verbindet und damit in die Gesamtstrategie des Wahlprogramms einbettet.
- die gesellschaftliche Wertschätzung des Handwerks erhöht, etwa durch eine geplante Kampagne zur Nachwuchsgewinnung und Sichtbarkeit handwerklicher Berufe.

Der neue Text schafft damit ein deutlich stärkeres, inhaltlich breiteres und strategisch schlüssigeres Kapitel, das die Bedeutung des Handwerks für Sachsen-Anhalt realistisch abbildet und konkrete politische Antworten für die kommenden Jahre formuliert. Deshalb soll der bisherige Entwurf durch den neuen Text ersetzt werden.